



Gemeinde Nottuln
Der Bürgermeister

öffentliche Beschlussvorlage Vorlagen-Nr. 090/2021
Produktbereich/Betriebszweig: 09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen Datum: 27.05.2021

Tagesordnungspunkt:

"Bauen statt Miete zahlen - Verzicht auf gemietete Büros der Gemeindeverwaltung"
Antrag der SPD vom 07.05.2010

Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion:

Der Ausschuss für Planen und Bauen empfiehlt dem Gemeinderat zu beschließen, die Planung für den Bau eines „ergänzenden Gebäudes“ weiterzuführen, um zu ermöglichen, die gemieteten Büroräume der Gemeindeverwaltung aufgeben zu können. Ziel ist die Einsparung der Aufwendungen für Miete. Das Vorhaben ist mindestens kostenneutral zu planen. Die dafür benötigten Mittel müssen sich aus den bisherigen Mietkosten finanzieren lassen.

Beschlussvorschlag der Gemeindeverwaltung:

Die Gemeinde nimmt den Antrag der SPD zur Kenntnis. Die Aufgabe der angemieteten Büroflächen wird im Planungsprozess wie gehabt auch weiterhin forciert.

Finanzielle Auswirkungen:

Zunächst keine

Klimatische Auswirkungen:

Zunächst keine

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungstermin		Behandlung	
Ausschuss Planen und Bauen	08.06.2021		öffentlich	
	Beratungsergebnis			
	einstimmig	ja	nein	enthalten
Rat	29.06.2021		öffentlich	
	Beratungsergebnis			
	einstimmig	ja	nein	enthalten

gez. Dr. Thönnies

Sachverhalt:

Die SPD begehrt in ihrem Antrag, dass die Verwaltung die Planung eines Ergänzungsbaus ohne Publikumsverkehr weiterführt, um die gemieteten Büroflächen aufgeben zu können und Einsparungen der Mieten zu erwirken. Das Vorhaben sei kostenneutral zu planen.

Die Verwaltung verweist zunächst auf die Beratungsfolge mit den Vorlagen 157/2016, 145/2017, 039/2019, 039/2019/1 sowie die dazugehörigen Protokolle. Es wird insbesondere auf die Niederschrift vom 19.03.2019 hingewiesen, in der es heißt: „Im Haushalt 2019 wird für die Erstellung eines Nutzungskonzeptes, das die Aschebergsche Kurie, die Alte Amtmannei, die Stiftsmühle und ein neues Verwaltungsgebäude integriert betrachtet, ein gesondertes Budget i.H.v. 50.000 € bereitgestellt.“

Das Planungsbüro *Bock & Neuhaus* hat nicht zuletzt auf Grundlage dieses politischen Beschlusses bereits eine Machbarkeitsstudie ausgearbeitet, die ein ganzheitliches Konzept verfolgt. Wie in der Sitzung des Ausschusses für Planen und Bauen vom 20.04.2021 bei der Vorstellung der Machbarkeitsstudie vorgetragen ist u.a. das Ziel, die angemieteten Flächen „mitzudenken“ und auf diese in Zukunft verzichten zu können. Inwieweit und in welchem Umfang eine Aufgabe von angemieteten Flächen erfolgen kann, wird im weiteren Planungsprozess untersucht.

Anlagen:

Anlage 1: SPD Antrag vom 07.05.2021

Verfasst:
gez. Jänkel

Fachbereichsleitung:
gez. Sonntag